

SCHULDENKRISE: FOLGEN FÜR DIE SCHWEIZER AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Mit der Schuldenkrise gehen teilweise weitreichende Veränderungen im europäischen Umfeld der Schweiz einher. Aufgrund der Krise der EU gewinnt der Bundesrat in den schwierigen Verhandlungen über die Zukunft des bilateralen Wegs etwas Zeit. In der Sache verringert sich sein Handlungsspielraum jedoch weiter. Demgegenüber vergrössern sich in der Sicherheitspolitik die Schnittflächen zwischen der Schweiz und ihren europäischen Nachbarn. Insbesondere in Bezug auf Verteidigungsausgaben, Friedensförderungskonzepte und Rüstungszusammenarbeit nähern sich die Positionen der Schweiz und der EU-Staaten im Kontext der Schuldenkrise allmählich an.



Spannungsgeladenes Arbeitstreffen: Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf und EU-Kommissionspräsident Barroso in Brüssel, 20. März 2012

Die Schuldenkrise hat Europa hart getroffen. Viele Staaten sahen sich zu weitreichenden Austeritätsmassnahmen gezwungen. Die Arbeitslosenrate im EU-Raum ist auf über 10% gestiegen, wobei beinahe jeder vierte Jugendliche unter 25 Jahren auf Jobsuche ist. Vor allem in Süd- und Osteuropa sinkt der Wohlstand beträchtlich. Politisch manifestiert sich die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerungen in Form von Massenprotesten, vorzeitigen Regierungswechseln und einem markanten Vertrauensverlust in politische Institutionen. Damit einher geht ein Erstarren populistischer Parteien quer durch Europa.

Die EU sieht sich in diesem Kontext mit der grössten Krise ihrer Geschichte konfrontiert. Die Einheitswährung als Leitprojekt des Integrationsprozesses ist zu einem wirtschaftlichen und politischen Spaltpilz geworden. Das entspreche EU-Krisenmanagement gestaltet sich äusserst schwierig und ist bisher nur bedingt wirk-

sam. Zwar haben sich die Finanzmärkte dank Liquiditätsspritzen der EZB vorübergehend etwas beruhigt. Die Euro-Krise hat sich damit jedoch lediglich von einem akuten zu einem chronischen Problem gewandelt. Ihre Bewältigung wird noch Jahre dauern und die EU vor manche Zerreihsprobe stellen.

Die Schweiz steht heute im europäischen Vergleich wirtschaftlich gut da. Während die Schuldenlast vieler Staaten trotz finanzieller Rosskuren weiter zunimmt, hat die Schweiz seit 2006 stets Überschüsse erzielt. Die Schuldenkrise hat sie denn auch vor allem indirekt getroffen. Breit diskutiert wird dabei einerseits der massive internationale Druck auf das Bankgeheimnis, der den Bundesrat zu einer neuen Weissgeldstrategie und einem verbesserten Informationsaustausch im Rahmen der Steueramtshilfe veranlasst hat. Andererseits stehen die negativen Rückwirkungen des starken Frankens auf die Exportindustrie

und den Schweizer Tourismus im Zentrum der Debatten.

Die Rückwirkungen der Schuldenkrise auf die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik sind demgegenüber bisher wenig erörtert worden. Sie sollen Gegenstand der folgenden Ausführungen sein. Dabei wird zu zeigen sein, dass in der Europapolitik die Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber der EU durch die Krise nicht nachhaltig gestärkt wird, wie das auf den ersten Blick zu vermuten wäre. Vielmehr erschwert die Krise eine Lösung des Konflikts um die künftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen zusätzlich. Im Bereich der Sicherheitspolitik hingegen hat der Wandel des regionalen Umfelds eine gewisse Konvergenz zwischen der Schweiz und anderen europäischen Staaten zur Folge.

Europäisches Umfeld im Wandel

Die Schulden- und Eurokrise ist für Europa zu einem epochalen Phänomen geworden. Ihre vielschichtigen Ursachen sollen an dieser Stelle nicht weiter analysiert werden (siehe dazu Strategic Trends 2012 [↗](#)). Vielmehr interessieren hier die Folgen der Krise und der damit verbundene Wandel des europäischen Umfelds der Schweiz. Dabei stehen drei Aspekte im Vordergrund:

Erstens ist die EU in ihrer Funktion als Stabilitätsanker in Europa heute geschwächt. So haben innereuropäische Machtverschiebungen *neue Ungleichgewichte* hervorgebracht, die der Einheit Europas entgegenwirken. Deutschlands akzentuierte Führungsrolle in der EU, die von Berlin so nicht gesucht wurde, schürt mancherorts

Unbehagen und lässt insbesondere in kriegesgeschüttelten Staaten an der Peripherie Europas alte Ressentiments aufleben. Die Kluft zwischen Europas Norden und Süden hat sich dabei nicht nur wirtschaftlich vergrößert. Innerhalb der EU haben sich zudem die Verhältnisse zuungunsten kleiner Staaten verschoben, wird die Politikformulierung doch mehr denn je von Berlin und Paris dominiert. Gleichzeitig haben die EU-Institutionen, allen voran die EU-Kommission, an Gewicht verloren. Im Sinne einer Renationalisierung europäischer Politik sind es die Mitgliedstaaten, die in Brüssel wieder vermehrt das Sagen haben.

Weitere Risse im europäischen Fundament werden durch *politische Fragmentierungstendenzen* evoziert. Grossbritanniens Selbstmarginalisierung in Brüssel, der nicht von allen Mitgliedstaaten mitgetragene Fiskalpakt und die verstärkte Eigendynamik der Eurozone weisen auf eine zunehmende Heterogenität der EU hin, die sich mit Konzepten wie einem Europa mehrerer Geschwindigkeiten oder konzentrischer Kreise nur bedingt positiv umdeuten lässt. Hinzu kommen die wachsenden *Legitimitätsdefizite* der EU. Im Vordergrund steht dabei der massive Vertrauensverlust, den die EU in den letzten Jahren in der Bevölkerung erlitten hat. Gaben 2007 57% der Befragten in einer Eurobarometer-Umfrage an, der EU zu vertrauen, so waren es 2011 noch 34%. Nichts gefährdet das europäische Projekt mehr als die quer durch den Kontinent zu beobachtende Zunahme der Europaskepsis.

Zweitens hat die EU im Zuge der Schuldenkrise weiter an aussenpolitischer Handlungsfähigkeit eingebüsst. Zwar sind keineswegs in allen aussenpolitischen Sachbereichen gleichermassen negative Entwicklungslinien festzustellen. So demonstriert die EU etwa in ihrer Sanktionspolitik gegenüber Iran oder Syrien nach wie vor Geschlossenheit. Zentrale EU-Instrumente zur Transformation des regionalen Umfelds wie die Erweiterungs- und die Nachbarschaftspolitik haben im Zuge der Krise aber weiter an Wirkkraft verloren. Gleichzeitig tut sich die EU auf globaler Ebene schwerer denn je, mit einer Stimme

zu sprechen. Die Renationalisierung europäischer Aussenpolitik geht dabei einher mit einem verstärkten Fokus vieler Mitgliedstaaten auf bilaterale Wirtschaftsdeals, vorab mit Schwellenstaaten. Dadurch geraten die EU-Staaten nicht nur vermehrt in Konkurrenz zueinander, sondern auch zu EU-Institutionen, die nach wie vor normative Belange der Aussenpolitik stark gewichten.

Drittens zeitigt die Schuldenkrise auch Rückwirkungen auf die europäische Verteidigung. Die derzeitige weitere Reduktion der Verteidigungsausgaben in vielen Staaten rührt zunehmend an der militärischen Glaubwürdigkeit Europas, zumal der Abbau militärischer Fähigkeiten weitgehend unkoordiniert verläuft. Dieser bisweilen als «Demilitarisierung» bezeichnete Trend weckt vor allem deshalb Besorgnis, weil sich Europa im Kontext der amerikanischen Reorientierung in Richtung Ostasien künftig mit deutlich mehr strategischer Autonomie konfrontiert sieht. Allerdings verdichten sich die Anzeichen, dass sich angesichts der gegenwärtigen verteidigungspolitischen Misere die politische Bereitschaft zu vermehrter Kooperation vorab in der Entwicklung und Bereitstellung militärischer Fähigkeiten erhöht. Das Konzept von *Pooling & Sharing* hat merklich Auftrieb erhalten, seit sich die EU-Verteidigungsminister Ende November 2011 im Rahmen der sogenannten Gent-Initiative auf elf prioritäre Kooperationsbereiche in der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) einigen konnten.

Die Rückwirkungen der Schuldenkrise auf Europa sind denn auch keineswegs ausschliesslich negativ. Weniger Geld kann zweckmässige Priorisierungen und Synergiegewinne veranlassen. Gerade im Fall der EU haben Krisen zudem immer wieder wichtige Reformen und weitere Integrations Schritte nach sich gezogen. Unbestritten ist, dass die negativen Folgen der aktuellen Krise auf absehbare Zeit deutlich überwiegen und die EU vor sehr schwierigen Jahren steht. Ein Ende der Einheitswährung oder gar des Einigungsprojekts zeichnet sich jedoch nicht ab. Zu gross ist das wirtschaftliche und politische Eigeninteresse der Staaten am Zusammen-

schluss Europas, als dass diese auf die jetzigen Rettungsmassnahmen und ein Mindestmass an Solidarität verzichten könnten.

Europapolitik: Mehr Zeit, weniger Spielraum

Innerhalb der Schweizer Aussenpolitik hat die Schuldenkrise – jenseits bilateraler Verstimmungen im Zusammenhang mit Steuerkonflikten – vor allem Folgen für die Europapolitik. Im Konflikt mit der EU um die Zukunft der bilateralen Abkommen dürfte die Schweiz aufgrund der Entwicklungen in Europa zwar etwas Zeit gewinnen. Aussen- wie innenpolitisch verengt sich der Handlungsspielraum des Bundesrats aber weiter. Insgesamt ist deshalb mit einer weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzungen über «institutionelle Fragen» und damit das Wesen der Beziehungen der Schweiz zur EU zu rechnen.

Die Forderung aus Brüssel nach einem institutionellen Überbau der bilateralen Abkommen zur beschleunigten Übernahme von EU-Recht und zur einheitlichen Auslegung, Überwachung und rechtlichen Durchsetzung der Verträge liegt bereits seit Jahren auf dem Tisch. Sie stellt die Schweiz vor grosse innenpolitische Probleme (siehe CSS Analyse Nr. 81 [☞](#)). Die bisher ergebnislosen Gespräche haben dabei gezeigt, wie unterschiedlich die Positionen der Schweiz und der EU bezüglich der Weiterentwicklung ihrer Beziehungen sind. Nach dominierender Schweizer Lesart suchen zwei gleichberechtigte Partner nach einer Kompromisslösung, welche die gegenseitige Souveränität respektiert. Im Gegensatz dazu behandelt die EU die Schweiz zunehmend als Teilnehmer am Binnenmarkt, dessen privilegierter Status sich gegenüber den anderen EU- und EWR-Marktteilnehmern nicht länger rechtfertigen lässt. Folglich spricht die EU heute auch nicht mehr von bilateralen, sondern von sektoriellen Abkommen. Viel Spielraum für Kompromisse lässt diese Sichtweise nicht zu.

Da die EU-Kommission durch die Schuldenkrise geschwächt wurde und die Mitgliedstaaten mit Euro-Krisenmanagement beschäftigt sind, hat sich der Druck auf die Schweiz bezüglich einer Neugestaltung der Beziehungen in den letzten Monaten trotz einer sich verschärfenden Rhetorik insgesamt in Grenzen gehalten. Der Bundesrat ist in dieser Zeit inhaltlich denn auch nur bedingt auf die EU-Anliegen eingegangen. Er muss dafür eine anhaltende Blockierung der Verhandlungen über neue

Schuldenkrise: Die Schweiz im europäischen Vergleich

	CH	EU-27	DEU	FRA	ITA	AUT	GBR	ESP	GRI
Staatsschulden 2007 in % BIP	43,4	59,0	65,2	64,2	103,1	60,2	44,4	36,2	107,4
Staatsschulden 2011 in % BIP ¹	36,6 ²	82,2	81,8	85,2	119,6	71,6	85,2	66,0	159,1
Defizit 2010 in % BIP	0,2 ²	-6,6	-4,3	-7,1	-4,6	-4,4	-10,3	-9,3	-10,6
Arbeitslosigkeit 2/2012	3,4	10,2	5,7	10,0	9,3	4,2	8,3 ³	23,6	21,0 ³

¹ Angaben für das 3. Quartal; ² Schätzungen; ³ 12/2011

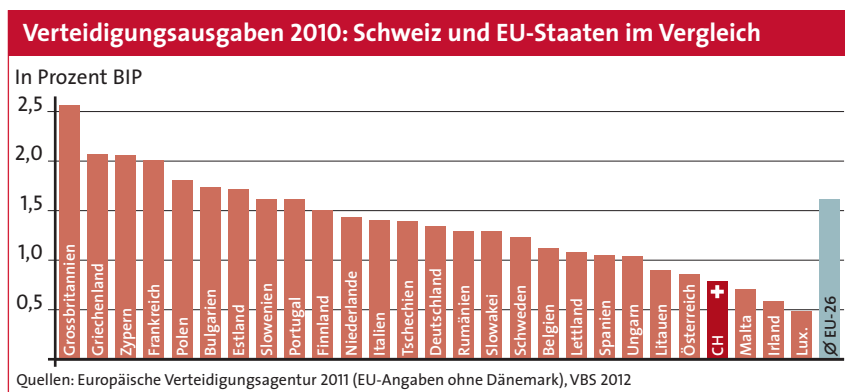
Quellen: Eurostat, EFV, SECO 2012

Marktzugangsabkommen, etwa im Bereich Strom und Energie, in Kauf nehmen. Die bisherigen Abkommen hingegen funktionieren jenseits atmosphärischer Störungen weitgehend im normalen Rahmen.

In absehbarer Zeit dürfte sich die Verhandlungsposition der Schweiz jedoch weiter verschlechtern. So wird es sich die Kommission gerade wegen ihrer Schwächung kaum mehr leisten können, den Mitgliedstaaten ein Verhandlungsergebnis vorzulegen, das der Schweiz neuerliche Konzessionen zugesteht. Gleichzeitig werden die Mitgliedstaaten angesichts der wachsenden Fragmentierung und Heterogenität der EU mehr als früher auf den Schutz des Binnenmarkts als Basisprojekt des Einigungsprozesses bedacht sein. Trotz aller Divergenzen bezüglich der Zukunft Europas bleibt das gemeinsame Interesse in der EU an einem funktionierenden und homogenen Binnenmarkt gross. Der Konformitätsdruck auf die Schweiz dürfte damit zunehmen. Sollte sich der Konflikt zwischen Bern und Brüssel dereinst auch negativ auf bestehende Abkommen auswirken, könnte der Leidensdruck für die Schweiz rasch anwachsen.

Die neue Führungsrolle Deutschlands erleichtert die Aufgabe für die Schweizer Diplomatie keineswegs. Die Zeiten, als der Bundesrat in Deutschland einen verständnisvollen Fürsprecher für den Schweizer Sonderfall in Europa fand, sind passé. Mit dem Szenario eines Europas mehrerer Geschwindigkeiten wiederum lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt keine europapolitischen Lösungen für die Schweiz aufzeigen. Einerseits sind die Konturen eines solchen Europas derzeit noch kaum erkennbar. Andererseits bleibt zweifelhaft, ob die Schweiz mit einer Positionierung an der Peripherie einer solchen Konstruktion ihre europapolitischen Kerninteressen wahren könnte.

Mittelfristig wird die Schweiz deshalb kaum darum herumkommen, als Preis für den Zugang zum für sie existentiell wichtigen Binnenmarkt analog zu anderen Staaten mehr Souveränität abzutreten. Die innenpolitischen Rahmenbedingungen für entsprechende Konzessionen der Schweiz haben sich im Kontext der Schuldenkrise allerdings weiter verschlechtert, ist das Image der EU hierzulande doch schlechter denn je. Hauptaufgabe der Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung in den kommenden Monaten wird demnach sein,



das innenpolitische Terrain für eine der einstige Paketlösung mit der EU zu verbessern. Mit politischer Rhetorik, die die heutige Souveränität der Schweiz überzeichnet, die Europaskepsis schürt, die Schweiz als verhandlungspolitisch «auf Augenhöhe» mit der EU darstellt und den Ball immer wieder Brüssel zuspült, wird dies nicht gelingen. Ohne eine Versachlichung der innenpolitischen Europadebatte droht sich die Schweizer EU-Politik zunehmend in eine Sackgasse zu manövrieren.

Trotz ihrer Schuldenkrise bleibt die EU für die Schweiz von eminenter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Eine verstärkte Hinwendung zu aussereuropäischen Partnern auf Kosten der Europapolitik ist für die Schweiz keine interessengerechte Option (siehe CSS Analyse Nr. 106). Folgerichtig hat das EDA in seiner Strategie für die Legislatur 2012–15 die Vertiefung der Beziehungen der Schweiz zu Europa zu einem Schwerpunkt erklärt.

Tatsache ist aber auch, dass der aussenpolitische Handlungsspielraum der Schweiz ausserhalb Europas angesichts der Krise der EU-Aussenpolitik wieder zunimmt. Allerdings ist auch diesbezüglich festzuhalten, dass die Defizite der EU als weltpolitischer Akteur grundsätzlich nicht im Interesse der Schweiz liegen. Viele aussenpolitische Anliegen der Schweiz werden sich ohne eine handlungsfähige EU nicht realisieren lassen. Gerade in der Friedenspolitik wird deshalb sorgfältiger denn je zu prüfen sein, wo die Schweiz autonom einen Mehrwert generieren kann. Gleichzeitig wird der Bundesrat gut daran tun, immer wieder Kooperationsmöglichkeiten mit der EU in denjenigen Bereichen auszuloten, in welchen sich die Mitgliedstaaten auf aussenpolitische Massnahmen einigen können. Der autonome Nachvollzug der EU-Sanktionspolitik erscheint dabei ebenso zweckmässig wie die derzeitigen Beteiligungen an EU-Friedensoperationen im Westbalkan.

Sicherheitspolitik: Relativierter Sonderweg

Ähnlich wie in der Europapolitik hat die Schweiz im letzten Jahrzehnt auch in der Sicherheitspolitik ihren Sonderweg in Europa akzentuiert. Ihre Streitkräfte hat sie weniger und in eine andere Richtung als die europäischen Nachbarstaaten transformiert. Dementsprechend bescheiden fiel ihre Beteiligung an der internationalen Sicherheitsproduktion aus. Auch ihre sicherheitspolitische Vernetzung blieb aufgrund innenpolitischer Vorbehalte gegen eine konsequente Umsetzung des strategischen Leitsatzes «Sicherheit durch Kooperation» gering. Anders als in der Europapolitik droht in der Sicherheitspolitik aufgrund der Schuldenkrise jedoch keine weitere Entfremdung in den Beziehungen der Schweiz zu ihrem regionalen Umfeld. Vielmehr gibt es Anzeichen dafür, dass sich die sicherheitspolitische Kluft zwischen der Schweiz und Europa in dreierlei Hinsicht verkleinert:

Erstens bewegt sich die Schweiz punkto Verteidigungsausgaben in Richtung europäischer Mainstream. Gemessen am BIP hatte die Schweiz im europäischen Vergleich in den letzten Jahren wenig für Verteidigung ausgegeben. Auf der Basis einer guten Ertragslage des Bundes hat das Parlament 2011 aber einer Erhöhung des Budgetrahmens für die Armee auf CHF 5 Mia. zugestimmt. Damit würden sich die Ausgaben der Schweiz für militärische Landesverteidigung von aktuell 0,79% auf 0,9% im Jahr 2014 erhöhen. Gleichzeitig sinken infolge der Schuldenkrise die Militärausgaben vieler anderer Staaten sowohl absolut wie auch im Verhältnis zum BIP teilweise markant. Die Schweiz dürfte dementsprechend von ihrem derzeitigen Kellerplatz in europäischen Ranglisten ins hintere Mittelfeld vorrücken. Allerdings sind die finanziellen Richtwerte der politischen Führung für die Armee in der Schweiz (wie in anderen europäischen Staaten auch) derzeit

besonders volatil, was die Planung der Weiterentwicklung der Streitkräfte erschwert.

Zweitens hat das Schweizer Modell der militärischen Friedensförderung im Kontext der Schuldenkrise an Akzeptanz in Europa gewonnen. Seit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 setzt die Schweizer Armee hauptsächlich auf Nischenbeiträge, die durch Kleindetachements oder unbewaffnete Einzelpersonen mit besonderen Expertisen und Fähigkeiten in die Friedensförderung eingebracht werden. Sie orientiert sich dabei einerseits an den von der UNO identifizierten Fähigkeitslücken, andererseits am Mehrwert, den Schweizer Berufsleute im Rahmen des Milizprinzips generieren können. Thematisch engagiert sich die Schweiz etwa in der Reform des Sicherheitssektors, der humanitären Minenräumung, dem Aufbau lokaler Kapazitäten zur Friedensförderung oder der Sicherung von Munitionslagern. Stand sie mit ihrem auf Qualität statt Quantität ausgerichteten Ansatz lange unter einem gewissen Legitimitätsdruck, so erwägen derzeit immer mehr austeritätsgeplagte und interventionsmüde Staaten eine stärkere Fokussierung auf Nischenangebote im Rahmen ihrer Friedensförderungsstrategien.

Dass die Schweiz mit ihrem Modell europaweit Schule macht, hat allerdings auch Nachteile. So wird sie sich künftig mit mehr Konkurrenz in ihrer Nischenpolitik konfrontiert sehen. Auch nimmt die Sicherheit in Europa insgesamt ab, wenn zu viele Staaten die von militärischen Kontingenten wahrgenommenen Kernaufgaben der Friedensförderung vernachlässigen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass der Bundesrat an seinem im Armeebericht 2010 bekräftigten Willen festhält, die Kapazitäten der militärischen Friedensförderung auch in quantitativer Hinsicht zu erhöhen und ab 2015 bis zu 500 Armeeangehörige für diese Aufgabe einsetzen zu können. Mit dieser Zielgrösse wird sich die Schweiz auch in diesem Bereich den – in den kommenden Jahren sinkenden – europäischen Durchschnittswerten annähern. Der Finanzrahmen für militärische Friedensförderung von jährlich CHF 100 Mio. bietet dem VBS dabei die notwendige Planungssicherheit, um die politischen Vorgaben umzusetzen.

Innenpolitisch bleibt Friedensförderung in Form von militärischen Kontingenten ein sehr umstrittenes Thema. Allerdings eröffnet das verstärkte Bekenntnis des EDA zu Auslandseinsätzen der Armee un-

ter dem neuen Departementsvorsteher auch Perspektiven für eine breitere politische Führung in dieser Frage. So ist durchaus denkbar, dass intensiviertere Schweizer Mediationsaktivitäten im Kaukasus etwa im Rahmen der OSZE-Präsidentschaft 2014 die Frage einer militärischen Beteiligung der Schweiz an einer allfälligen Friedensoperation nach sich ziehen werden.

Der dritte Bereich einer sicherheitspolitischen Annäherung zwischen der Schweiz und Europa betrifft die multilaterale Rüstungszusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarung der Schweiz mit der Europäischen Verteidigungsagentur vom März 2012 erfolgte zu einem günstigen Zeitpunkt, könnte die EVA dank der Gent-Initiative nach Jahren der Stagnation doch neue Dynamik gewinnen. Inwieweit der steigende Kostendruck tatsächlich zu mehr *Pooling & Sharing* führen wird, bleibt abzuwarten. Tatsache ist aber, dass einige der diesbezüglichen EVA-Initiativen (z.B. *Medical Support* oder *Training*) auch für die Schweiz relevant sein könnten. Allerdings werden die Schweizer Verantwortlichen im Rahmen eines *Pooling &*

Sharing-Konzepts zunächst definieren wollen, welche Fähigkeiten und Technologien künftig zweckmässigerweise im Verbund mit Partnern zu entwickeln sind – und welche Kooperationsintensität die Schweiz im Spektrum von lose koordinierter Fähigkeitsentwicklung bis hin zu Rollenspezialisierungen anstrebt.

Die sicherheitspolitische Vernetzung der Schweiz droht weiter zu erodieren, sollte die NATO im Zuge der Reform ihrer Partnerschaftspolitik das Ausmass des Informationsflusses zu Pfp-Staaten künftig vermehrt von deren Beteiligung an NATO-Operationen abhängig machen. Auch deshalb wird die Schweiz gut daran tun, sich öffnende Kooperationskanäle wie die EVA konsequent zu nutzen und den beabsichtigten Ausbau der Beiträge an die internationale Sicherheitsproduktion auch in Zeiten der Schuldenkrise voranzutreiben.

Verantwortlicher Editor und Fachexperte:
Daniel Möckli, moeckli@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen

- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung